

Prof. Dr. Herwig Birg
Braschzeile 20
14109 Berlin

92a

**Wirtschaftliche Dynamik und demographischer
Wandel: Von der prästabilisierten Harmonie zur
eingebauten Disharmonie**

Herwig Birg

Vortrag anlässlich des Deutsch – Französischen Symposiums
"Wirtschaftliche Dynamik und demographische Entwicklung"
in Paris, März 1987

veranstaltet vom Deutsch – Französischen Institut, Ludwigsburg und vom
Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine, Paris

Prof.Dr. H. Birg
Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft
Institut für Bevölkerungsforschung
und Sozialpolitik
Universität Bielefeld

1. Einführung

Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland, zwei Nachbarn diesseits und jenseits des Rheins, sind in demographischer Hinsicht Antipoden. Während die Bundesrepublik Deutschland unter allen entwickelten Ländern der Welt die niedrigste Nettofortpflanzungsrate hat, ist die Nettofortpflanzungsrate in Frankreich im Vergleich zu den anderen hochindustrialisierten Ländern Europas am größten. Allein schon dieses Faktum rechtfertigt es, daß wir uns mit der Bevölkerungsentwicklung in Frankreich und Deutschland besonders intensiv beschäftigen. Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer Gründe, die für ein derartiges Symposium sprechen, und ich möchte den beiden Organisatoren dieses Treffens, dem Deutsch–Französischen Institut, Ludwigsburg, und dem französischen Institut C.I.R.A.C., Paris, dafür danken, daß sie das Thema Bevölkerungsentwicklung zu einem Schwerpunktthema ihrer diesjährigen Kooperation gewählt haben. Man darf wohl sagen, daß es in der Bundesrepublik kaum einen Problemkomplex gibt, bei dem eine so hohe Relevanz mit einer so elementaren Ignoranz gepaart ist wie bei diesem Thema. Hierzulande gehört es immer noch zum guten Ton unter Intellektuellen, nicht über demographische Probleme zu diskutieren, geschweige denn über sie sachlich informiert zu sein. Und auch in diesem Punkt, so scheint es jedenfalls von außen betrachtet, unterscheidet sich Frankreich wesentlich von seinem Nachbarn im Osten.

Da ich mein Referat inhaltlich auf Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland konzentrieren werde, erlaube ich mir, wenigstens einleitend die historische und die globale Seite des Themas "Bevölkerungsentwicklung" zu umreißen. Um dies zu tun, werde ich zunächst einen Blick auf die Geschichte des demographischen Denkens werfen und dabei auf das Werk eines Mannes eingehen, der heute international als einer der Begründer der Demographie gilt.

2. Das breite Spektrum demographischer Probleme

Im Jahr 1741 veröffentlichte der Berliner Probst Johann Peter Süßmilch (1707–67) die erste auf agrarwirtschaftliche Tragfähigkeitsberechnungen gestützte Weltbevölkerungsprognose. Eine hohe Einwohnerzahl wurde damals als der beste Indikator für die Wohlfahrt eines Volkes angesehen. Die durchschnittliche Lebenserwartung

lag zu dieser Zeit in Europa zwischen 30 und 40 Jahren. Heute wird in den westeuropäischen Ländern jeder zweite Mann älter als 75, jede zweite Frau älter als 80 Jahre. Anders als im 18. Jahrhundert gilt aber die Menge der Einwohner nicht mehr als Beweis des Wohlstands. In der Bundesrepublik halten es viele Menschen für überflüssig, die Einwohner auch nur zu zählen, wie die Boykottversuche der Volkszählung zeigen. Der Begriff Bevölkerungswachstum ist heute weltweit zu einem Synonym für Elend, Ressourcenerschöpfung und soziale Rückständigkeit geworden.

Als Süßmilch seine Berechnungen durchführte, lebten auf der Erde weniger als eine Milliarde Menschen; Süßmilch prognostizierte, daß die Erde gut 7 Milliarden Menschen ernähren könne. Die Obergrenze hängt davon ab, ob die Menschen weiterhin zum großen Teil von tierischen Lebensmitteln leben. In den USA und in Europa werden pro Kopf und Tag 3400 Kilokalorien verbraucht, doch zur Produktion dieser Kalorienmenge müssen in der Nahrungskette der Tier- und Pflanzenproduktion insgesamt bis zu 15000 kcal an pflanzlicher Gesamtenergie aufgewendet werden, weil bei der Umwandlung von pflanzlicher Energie in tierische Nahrungsmittel ein hoher Energieverlust entsteht. Der Gesamtbedarf an pflanzlicher Energie pro Kopf und Tag hängt wesentlich von der Art der Ernährung ab: In Süd-Asien beträgt der Verbrauch an pflanzlicher Gesamtenergie pro Kopf und Tag ein Fünftel des Verbrauchs in Nord-Amerika. Bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 9000 kcal könnte die Erde 7,5 Mrd. Menschen ernähren, bei täglich 6000 kcal 11 Milliarden. Die Obergrenze wird nicht nur vom Energieverbrauch beeinflusst, sondern auch von der Verteilung des Grundeigentums und von der Nutzungsintensität der Böden, sowie von der Exportkraft der auf Nahrungsmittelimporte angewiesenen Länder, von der Verteilung der Nahrungsmittel auf die Regionen innerhalb der Länder, von den Transport- und Lagermöglichkeiten und einer Reihe anderer Größen. Dabei zeichnet sich ab, daß die wachstumsbegrenzenden Faktoren in der Zukunft wegen der Produktivitätsfortschritte der Landwirtschaft nicht im Ernährungsbereich, sondern in der Umweltproblematik liegen.

Seit den 60er Jahren unseres Jahrhunderts (wahrscheinlich schon früher) wächst nicht nur das Weltsozialprodukt, sondern auch die Menge der in der Welt produzierten Nahrungsmittel schneller als die Weltbevölkerungszahl, wodurch die Pro-Kopf-Erzeugung permanent steigt. Dies trifft auch für die Gruppe der Entwicklungsländer zu. Das sogenannte *Welternährungsproblem* hat sich als ein Problem entpuppt, das be-

stimmte Weltregionen betrifft, vor allem Afrika und Länder wie Afghanistan, Bangladesch, El Salvador, Haiti und Jordanien. Was für das Ernährungsproblem gilt, läßt sich verallgemeinern: So lange die ökologischen Katastrophen regional begrenzt bleiben, gibt es keine demographischen Weltprobleme, sondern nur regionale, beispielsweise die Folgenden: (a) Die Bevölkerung der entwickelten Länder geht nach den Projektionen der UN und der Weltbank bereits zwischen 2020 und 2050 in einen stationären Zustand über, die der Entwicklungsländer erst in der zweiten Hälfte des nächsten Jahrhunderts. Das demographische Gewicht der entwickelten Länder nimmt drastisch ab. Ihre Einwohnerzahl erhöht sich zwar noch bis 2025 von 1,2 auf 1,5Mrd., die der Entwicklungsländer aber von 3,8 auf 6,8 Mrd. Viele relevante Aspekte werden jedoch erst sichtbar, wenn man die für jedes der 210 Länder gesondert durchgeführten Projektionen im einzelnen betrachtet. Nach den Projektionen der UN wird beispielsweise Nigeria im Jahr 2020/2025 mehr Einwohner haben als die USA. (b) Die Lebenserwartung beträgt im Weltdurchschnitt 62 Jahre, sie erhöht sich stetig, aber nicht in allen Ländern. In der UdSSR sinkt die Lebenserwartung seit 1965, in anderen Ostblockländern stagniert sie. (c) Die Lebenserwartung der Frauen ist in nahezu allen Ländern der Erde größer als die der Männer, aber es gibt wichtige Ausnahmen, wie Indien. Die Ausbeutung der Frau läßt sich offensichtlich am Verhältnis der Lebenserwartung zwischen Mann und Frau ablesen, denn aufgrund genetischer Faktoren müßten die Frauen in jedem Land eine höhere Lebenserwartung haben als die Männer. (d) Die Bevölkerungszahl nimmt heute zwar in den meisten entwickelten Ländern zu, aber nur wegen der gegenwärtig noch günstigen Altersstruktur, die auf den hohen Geburtenzahlen der 60er Jahre beruht. Die Nettoreproduktionsrate liegt dagegen in den meisten entwickelten Ländern unterhalb des Reproduktionsniveaus. (e) Innerhalb eines jeden Landes gibt es regionale und soziale Unterschiede der Nettoreproduktionsrate und der Mortalität. In der Bundesrepublik wird die Differenz der Lebenserwartung zwischen den Regionen auf 5 Lebensjahre geschätzt.

Es ist für demographische Prozesse charakteristisch, daß ihr Ablauf in der Gegenwart und Zukunft durch die demographischen Fakten in der Vergangenheit stärker determiniert sind als dies bei anderen geschichtlichen Prozesse der Fall ist. Dreiviertel der Einwohner, die im Jahr 2010 in der Bundesrepublik leben werden, sind bereits geboren; große Prognosefehler sind in bezug auf diesen größten Teil der Bevölkerung nicht mehr möglich. Aber auch in bezug auf den kleineren Teil der noch nicht

Geborenen sind die Aussagen relativ zuverlässig, denn die Zahl der Geburten hängt im wesentlichen von folgenden beiden Faktoren ab: 1. von der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter, die etwa 15–20 Jahre im voraus weitgehend bekannt ist, und 2. vom generativen Verhalten dieser Frauen. Auch wenn sich der zweite Faktor, das generative Verhalten, ändert, kann der erste relativ zuverlässig geschätzt werden, so daß nicht vorhergesehene Wandlungen des generativen Verhaltens auf mittlere Sicht keine untragbar großen Prognosefehler nach sich ziehen. Weil die künftige Bevölkerungszahl relativ sicher geschätzt werden kann, veröffentlicht das Statistische Bundesamt – eine Behörde – Bevölkerungsvorausberechnungen bis zum Jahr 2030, während es auf die Durchführung langfristiger Wirtschaftsprognosen, die hierzulande auf ein wesentlich größeres Interesse stoßen würden als demographische Vorausberechnungen, verzichtet. Die in den Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes geschätzte Abnahme der Bevölkerungszahl der Bundesrepublik von heute 61 Mill. auf etwa 43 Mill. im Jahr 2030, die mit meiner eigenen Vorausberechnung weitgehend übereinstimmt (siehe dazu die im Literaturverzeichnis angegebene Literatur bzw. die *Schaubilder* 1 bis 5 und die *Tabelle*1) wäre sozusagen schon "amtlich", wenn es nicht Ein- und Auswanderungen gäbe, deren Prognose problematisch ist, weil sie von wirtschaftlichen und politischen Faktoren abhängen, die ihrerseits nicht auf lange Sicht prognostizierbar sind. Daß die Bevölkerungszahl infolge von Einwanderungen konstant bleiben könnte, ist jedoch unwahrscheinlich, denn dies würde einen Ausländeranteil von 30% im Landesdurchschnitt implizieren. In Großstädten wären die Deutschen dann sogar in der Minderheit.

Der Bevölkerungsrückgang in der Zukunft wird nicht automatisch dazu führen, daß das Geburtendefizit durch arbeitsmarktbedingte Zuströme aus dem Ausland ausgeglichen wird, weil der deutsche Arbeitsmarkt noch mindestens bis in die 90er Jahre hinein durch ein von der demographischen Welle der 60er Jahre bedingtes Überangebot an heimischen Arbeitskräften gekennzeichnet sein wird. Sollte der Bevölkerungsrückgang wie prognostiziert eintreten, so wird im Zeitraum von 2000 bis 2030 allerdings irgendwann ein Punkt erreicht, von dem an der Arbeitskräftebedarf nur durch vermehrte Zuzüge aus dem Ausland gedeckt werden kann – es sei denn, daß sich (a) das Wirtschaftswachstum stark verlangsamt oder (b) in einen ökonomischen Schrumpfungsprozeß umschlägt, und/oder (c) daß sich die durch Innovationen bedingte Freisetzung von Arbeitskräften als Folge der rasanten technologischen Entwicklung und infolge des Strukturwandels des Konsums und der gesamten Güternachfrage

intensiviert. Ein absoluter Rückgang des Sozialprodukts wird jedoch heute in der Bundesrepublik von niemandem ernsthaft ins Kalkül gezogen, obwohl die Einwohnerzahl bereits seit 1974 schrumpft. Bis auf weiteres ist die von den Experten gestellte Frage nicht, *ob* im nächsten Jahrtausend eine Arbeitsmarktlücke eintritt oder nicht, sondern *ab wann* sie auftritt und welche *Ausmaße* sie haben wird. Aber es wird immerhin schon darüber nachgedacht, ob nicht durch eine drastische Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit nach dem Jahr 2000 jede denkbare, durch den Bevölkerungsrückgang induzierte Abnahme der Erwerbspersonenzahl kompensiert werden könnte. Bei solchen Erwägungen wird jedoch übersehen, daß es zwischen der Frauenerwerbstätigkeit und dem Geburtenrückgang einen Zusammenhang gibt. Eine weitere drastische Erhöhung der Frauenerwerbsquote würde das Arbeitsangebot zwar kurzfristig erhöhen, aber infolge des Zusammenhangs zwischen der Frauenerwerbstätigkeit und der Geburtenzahl würde durch eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote ein *zusätzlicher* Geburten- und Bevölkerungsrückgang ausgelöst, der die Lösung des Arbeitsmarktproblems nur aufschieben und verschärfen würde.

Aus folgenden Gründen könnte der Zustrom aus dem Ausland infolge des Bevölkerungs- und Arbeitskräfterückgangs nach 2000 später einsetzen als bisher angenommen wird: (a) Unter den ausländischen Nichterwerbspersonen, die in den letzten 10 Jahren zugezogen sind, gibt es zahlreiche Jugendliche und Frauen, die nach der Jahrtausendwende, wenn die demographisch bedingte Abnahme des Arbeitskräftepotentials bei der deutschen Bevölkerung ins Gewicht fällt, als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, ohne daß sie dann erst zuziehen müßten. (b) Das gleiche trifft für die hier geborenen Kinder der Gastarbeiter zu, deren Rückkehr in die Heimatländer schon deshalb fraglich ist, weil sie hier zur Schule gegangen sind, so daß sie die Sprache ihrer Eltern häufig nicht mehr wie eine Muttersprache beherrschen. (c) Der immer noch steigende Trend der Erwerbsbeteiligung der Frauen dürfte sich in der Bundesrepublik weiter fortsetzen und das heimische Angebot an Erwerbspersonen erhöhen, zumal die Frauenerwerbsquote hierzulande noch unter dem Niveau liegt, das in anderen westlichen Industrieländern erreicht wurde: Die Frauenerwerbsquote betrug in der Bundesrepublik im Jahr 1984 52%, in Schweden 65%. (d) Die temporäre Reduzierung des durchschnittlichen Rentenalters, die in den letzten Jahren mit dem Ziel einer Entlastung des Arbeitsmarktes und nicht etwa auf Grund von Überschüssen der Rentenversicherung durchgeführt wurde, könnte nach der Jahrtausendwende wegen der dann dramatisch zunehmenden Überalterung der Bevölkerung und der

dadurch zu erwartenden großen Defizite der Rentenversicherung wieder rückgängig gemacht werden, so daß sich das Arbeitskräfteangebot entsprechend erhöht.

Der entscheidende Gesichtspunkt ist jedoch, daß *die Nachfrage nach Arbeitskräften* auf Grund der technologisch bedingten Freisetzungen von Arbeitskräften in den industriellen Sektoren *generell sinkt*, weil die Freisetzungen in den industriellen Sektoren nicht durch den zusätzlichen Arbeitskräftebedarf in den Dienstleistungssektoren kompensiert werden können. In einer hochtechnisierten, mit der Weltwirtschaft eng verflochtenen Konkurrenzwirtschaft, in der alle Investitionsanstrengungen auf die Substitution von Arbeitskräften durch maschinelle Produktionsanlagen gerichtet sind, ist der Substitutionsprozeß von Arbeit durch Kapital der entscheidende systemimmanente Grundprozeß. Durch den gegenwärtigen Technologieschub wird die Substitution von Arbeit durch Kapital besonders gefördert, weil durch die Mikroelektronik der Dienstleistungssektor zum Hauptziel der Rationalisierungsmaßnahmen wird, ein Wirtschaftszweig, in dem viele Frauen beschäftigt sind, was die Freisetzung von Arbeit im Urteil der meisten Unternehmer erleichtert. In der Periode des demographisch bedingten Rückgangs des Arbeitskräfteangebots nach der Jahrtausendwende wird die Substitution von Arbeit durch Kapital eher noch intensiver sein als heute, weil dann die Schwellenländer, deren Bevölkerung stark expandiert, auf dem Weltmarkt für Industriegüter einen wesentlich stärkeren Wettbewerbsdruck entfalten werden als heute. Es ist daher möglich, daß die demographisch bedingte Reduktion des Arbeitskräfteangebots in unserem Land zu verstärkten Investitionsanstrengungen führt, so daß der Bedarf an Arbeitskräften sinkt und die demographisch bedingte Reduktion des Arbeitskräfteangebots mit einer technologisch bedingten Reduktion der Arbeitskräfte*nachfrage zusammenfällt*. Die Arbeitsmarktlücke nach der Jahrtausendwende könnte somit kleiner sein bzw. später eintreten als heute erwartet wird. Es muß jedenfalls als äußerst unwahrscheinlich angesehen werden, daß die wirtschaftliche und technologische Entwicklung einen solchen Verlauf nehmen wird, daß der aus ihr resultierende Arbeitskräftebedarf zu einem Zustrom von ausländischen Arbeitskräften führt, durch den dann die demographischen Folgen der Geburtendefizite gerade wettgemacht und die Verschlechterung der Altersstruktur abgewendet würde. Das Fazit dieser Überlegungen ist also: Der Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik ist auf Jahrzehnte unvermeidbar, die Geburtendefizite werden durch Einwanderungen nicht ausgeglichen.

3. Über die Natur des demographischen Wissens und seine Inkommensurabilität

Das demographische Ex-ante-Wissen über die Zukunft, das bei der Analyse der Vergangenheit als eine Art Nebenprodukt entsteht, ist nicht immer erwünscht, und der Gebrauch, der von ihm gemacht wird, häufig fragwürdig, in jedem Fall aber folgenreich. In bezug auf diesen Punkt gibt es in der Geschichte der Demographie bekanntlich ein instruktives Lehrstück. Der folgenreichste Gebrauch, der von demographischen Analyseergebnissen jemals gemacht wurde, waren die Malthusianischen Interpretationen der Bevölkerungsentwicklung. Malthus führte einen Kampf gegen die sozialrevolutionären Ideen, die sich im Gefolge der Französischen Revolution in England ausbreiteten. Sein primäres Ziel war nicht, demographische Forschung zu betreiben, sondern sozialrevolutionäre Ansichten an Hand von Beweisstücken aus der Demographie zu widerlegen. Mit seinem "Essay on the Principle of Population" von 1798 sollten jene Gesellschaftsreformer und Revolutionäre widerlegt werden, die an die Möglichkeit glaubten, daß der Mensch durch eine Verbesserung der gesellschaftlichen und materiellen Lebensverhältnisse allmählich vervollkommenet werden könnte. Malthus behauptete bekanntlich, daß es unmöglich sei, die materielle und moralische(!) Lage der Unterschichten zu verbessern, weil die Unterhaltsmittel, insbesondere die Ertragskraft des Bodens, nur in arithmetischer Progression wüchsen, die Bevölkerungszahl dagegen in geometrischer. Mildtätigkeit und Sozialpolitik für die Armen seien *sittlich* fragwürdig, weil die Menschen auf die Verbesserung ihrer materiellen Lage durch ungehemmte Vermehrung reagierten; die unvermeidliche Folge seien Hunger, Seuchen und ein Anstieg der Mortalität ("positive checks"), bis das Gleichgewicht zwischen Subsistenzmitteln und Bevölkerungszahl wiederhergestellt sei. Der einzige Ausweg aus dem Dilemma sei eine durch sittlich-moralische Einsicht in die Zusammenhänge motivierte *freiwillige* Begrenzung der Vermehrung durch geschlechtliche Enthaltbarkeit ("preventive checks", "moral restraint").

Auf die über 30 Gegenschriften reagierte Malthus mit umfangreichen Forschungen über die Bevölkerungsentwicklung in den verschiedenen Ländern der Welt, um seine sozialphilosophischen Postulate durch die Fülle der demographischen Belegstücke unwiderleglich zu machen. Dabei griff er auch auf das von Johann Peter Süßmilch (1707–1767) erarbeitete empirische Material über die demographische Entwicklung in Preußen zurück. In seinem "Second Essay" von 1803 interpretiert Malthus jedoch die von Süßmilch erarbeiteten Forschungsergebnisse auf diametral entgegengesetzte

Weise wie dies Süßmilch getan hatte. So stehen die beiden wichtigsten Konzeptionen der Demographie in einem kontradiktorischen Gegensatz: Süßmilch ging es um Sozialreformen, Gesundheitspolitik, Siedlungspolitik und Wirtschaftspolitik im Interesse der Unterschichten und zum Wohl des ganzen Landes. Als Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften warnte er Friedrich II vor den Folgen der merkantilistischen Industrialisierungspolitik¹⁾. Süßmilch prangerte an, daß die Einkommen der Arbeiter in den damals noch erratischen frühindustriellen Konjunkturschwankungen bei jeder Absatzkrise unter das Existenzminimum fielen. Mindestlöhne oder Gewerkschaften gab es noch nicht²⁾. In der Entwicklungspolitik setzte sich Malthus' Pessimismus, nicht Süßmilchs Optimismus als die beherrschende geistige Grundeinstellung durch. Malthus' Ideen haben bis auf den heutigen Tag überlebt und sind in Schlagworten wie "Zirkel der Armut" populär geworden. Aber Süßmilchs Ideen gingen im 19. Jahrhundert im Getöse der politischen Polemiken unter und sind heute vergessen.

Malthus' Interpretation demographischer Fakten ist noch in anderer Hinsicht ein Lehrstück. Der "First Essay" hatte Folgen für die Geistesgeschichte, die kaum überschätzt werden können: Aus der Geschichte der Biologie ist bekannt, daß die Idee der "positive checks", die von Malthus in der Absicht eingeführt worden war, die These von der *Vervollkommnungsfähigkeit* des Menschen zu *widerlegen*, eine der Absicht entgegengesetzte Wirkung hatte: Darwin stellte in seinen Tagebüchern dar, daß er die Eingebung zu seiner Evolutionstheorie, die ja eine Theorie der unbegrenzten *Vervollkommenbarkeit* des Menschen durch Selektion ist, durch die Lektüre von Malthus Essay "On the Principle of Population" bekam. Aufgrund dieser "Ironie" der Ideengeschichte, wie dies der Biologe E. Mayr nennt, könnte man sagen, daß das demographische Wissen des 18. Jahrhunderts durch Süßmilch vermehrt bzw. produziert, durch Malthus politisiert und durch Darwin in eine fruchtbare Theorie transformiert

1) In der Literatur findet man die Behauptung, daß auch Malthus Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften war. Meine Nachforschungen beim Archiv der Akademie in Ost-Berlin ergaben, daß Malthus kein Mitglied war.

2) Zu den sozialreformerischen Zielen und zur Rolle von Süßmilch in der deutschen Aufklärung vgl. H. Dreitzel: "J.P. Süßmilchs Beitrag zur politischen Diskussion der deutschen Aufklärung", in: H. Birg (Hg.): "Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann Peter Süßmilchs (1707–1767)", Frankfurt/New York 1986.

wurde. Leider ist aber damit die Geschichte nicht zu Ende. Unserem Jahrhundert blieb es vorbehalten, auch die Darwin'sche Theorie zu politisieren, so daß die Demographie auf dem Umweg über einen Mißbrauch der Biologie (Rassenpolitik, Eugenik, Eubiotik) in Mißkredit geriet. Eine der Folgen dieses Mißbrauchs ist es, daß es an den 67 Universitäten der Bundesrepublik Deutschland nur zwei Lehrstühle für Demographie gibt, die beide erst um 1980 geschaffen wurden.

Die Wirkung, die von demographischem Wissen über die Zukunft ausgeht, ist heute nicht weniger intensiv als im 18. Jahrhundert, aber der Gebrauch, der heute von diesem Wissen gemacht wird, hat sich stark gewandelt. Eine Vielzahl von Arbeitsgruppen beschäftigt sich in der Bundesrepublik Deutschland auf allen Ebenen der Verwaltung mit den Problemen der Bevölkerungsschrumpfung, die seit 1974 im Gange ist. Vom Bundeskabinett wurde die "Arbeitsgruppe Bevölkerungsfragen" eingesetzt, die unter dem Vorsitz des Bundesministers des Innern tätig ist. Sie hat die bisher breiteste Untersuchung über die "Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die verschiedenen Bereiche von Staat und Gesellschaft" vorgelegt und in zwei Berichten veröffentlicht¹⁾. Im ersten Bericht sind die Modellrechnungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung dargestellt (der Begriff "Prognose" wird im amtlichen Sprachgebrauch meist vermieden), auf denen aufbauend im zweiten Bericht eine Vielzahl von Berechnungen über die Auswirkungen der demographischen Entwicklung folgen, z.B. auf die öffentlichen Finanzen, die Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung, die Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer, auf das Gesundheitswesen, den Betreuungsbedarf von Pflegebedürftigen usw. Es gibt so gut wie keinen Bereich der öffentlichen Angelegenheiten, der nicht betroffen wäre. Dabei sind die Konsequenzen der demographischen Entwicklung für den Arbeitsmarkt und das Wirtschaftswachstum am bedeutsamsten, aber nicht nur, weil von ihnen der finanzielle Handlungsspielraum des Staates direkt abhängt, sondern weil die ökonomische Entwicklung komplizierte Rückwirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung hat, z.B. auf die Eheschließungshäufigkeit, die Geburtenhäufigkeit und die Einwanderungen aus

1) Bundesregierung: Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. 1. Teil: Analyse der bisherigen Bevölkerungsentwicklung und Modellrechnungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung, Bundestagsdrucksache 8/4437 vom 8.8.1980 und 2. Teil: Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche von Staat und Gesellschaft. Bundestagsdrucksache 10/863 vom Dezember 1983.

dem Ausland. Bereits in den vergangenen Jahren sind mehr Menschen aus dem Ausland in die Bundesrepublik gezogen als Deutsche hier geboren wurden (im Zeitraum 1974–84 wurden 5,2 Mill. Deutsche geboren, 5,3 Mill. Personen zogen aus dem Ausland zu). Jeder zweite der 4,5 Millionen Ausländer lebt länger als 10 Jahre in der Bundesrepublik. Die Bundesrepublik ist ein *Einwanderungsland*, auch wenn diese Tatsache noch nicht in das öffentliche Bewußtsein gedrungen ist.

Der überall zu beobachtende Eifer der "Auswirkungsforschung" erinnert an die Emsigkeit der Schadensbegrenzung nach dem Zweiten Weltkrieg – eine Zeit, die wir als "Wiederaufbau" bezeichnen, als ob nur Wohnungen und Produktionsstätten zerstört worden wären. Die künftige demographische Überalterung reicht als ein in der Zukunft liegendes Faktum mit ihrem Schatten bereits in die Gegenwart. Ein großer Teil der Bevölkerung ist von den negativen Folgen der Überalterung nicht persönlich betroffen; von den heute 65jährigen Frauen erleben weniger als 40% das Jahr 2010, von den Männern weniger als 20%. Es ist ein allgemeines Charakteristikum demographischer Probleme, daß die Nachteile nicht gleichmäßig auf die gesellschaftlichen Gruppen verteilt sind. Die Konfliktlinien verlaufen in der Regel entlang der Altersgrenzen. Auf jede Person im Rentenalter (65 und älter) kommen heute noch zwei Personen im erwerbsfähigen Alter (15–65), bis zum Jahr 2030 verschlechtert sich dieses Verhältnis dramatisch: Auf jede Person im Rentenalter entfällt dann in der BRD nur noch eine Person im erwerbsfähigen Alter. Der Begriff *Altersklasse* könnte in Zukunft eine politische Dimension erlangen. Die sich abzeichnende *demographische Klassenstruktur* kreuzt sich mit der sozialen Klassenstruktur. Daraus ergeben sich neuartige Interessengruppierungen, deren Wirkungen auf die politischen Parteien nicht absehbar sind.

Zum Zeitpunkt ihres Entstehens im 18. Jahrhundert stand die Demographie, noch ehe sie sich als solche entdeckt hatte, durch den Verlauf der Wissenschaftsgeschichte wie von selbst an ihrem natürlichen Ort im Zentrum der Sozialwissenschaften. Heute bedarf es künstlicher Anstrengungen, die Bedeutung der Demographie für die Selbstfindung der Sozialwissenschaften erkennbar zu machen. Nicht einmal mehr bei der Beschreibung der sozialen Wirklichkeit, geschweige denn bei ihrer Gestaltung, spielen die elementaren Fakten der Bevölkerungsentwicklung eine angemessene Rolle, jedenfalls fehlen in den Systemen der "Sozialen Indikatoren", die heute in der Bundesrepublik für die Deskription der sozialen Bedürfnisse und Lebensverhältnisse angewen-

det werden, jene Bereiche, die auf das Bedürfnis einer Familie, Kinder zu haben, hinweisen und darüber Auskunft geben, in welchem Maße dieses Bedürfnis erfüllt bzw. nicht erfüllt ist. Es fehlt dabei nicht an dem Wissen über die demographischen Fakten, mit denen die entsprechenden sozialen Indikatoren zu quantifizieren wären, sondern es fehlt an dem Wissen darüber, was mit dem Faktenwissen überhaupt anzufangen sei. Mit der peniblen Erforschung der Auswirkungen der demographischen Entwicklung ist das Betätigungsfeld der Vernunft nicht erschöpft, auch nicht mit der Akkumulation von Wissen über Ursachen. Wenn es sich hier um eine Selbstbeschränkung der Vernunft handeln sollte – was ist der Grund dafür? Vielleicht werden wir rückblickend eines Tages in der Selbstbeschränkung eine Art Weisheit erkennen, für die wir jetzt blind sind, vielleicht aber auch nur eine Schwäche.

4. Wirtschaftliche Dynamik und generatives Verhalten: Von der prästabilierten Harmonie zur eingebauten Disharmonie

Die Zuverlässigkeit demographischer Vorausberechnungen beruht darauf, daß sich die Vitalitätsverhältnisse (Morbidity und Mortalität) in entwickelten Gesellschaften nur noch graduell und langsam ändern. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nahm die Lebenserwartung pro Jahrzehnt noch um durchschnittlich 4 Jahre zu, in der zweiten Hälfte um 2 Jahre. Die kleiner werdenden Zuwächse lassen sich in Vorausberechnungen berücksichtigen. Bevölkerungsprognosen für Entwicklungsländer werden dadurch erleichtert, daß dort zur Zeit ähnliche Prozesse der Lebensverlängerung ablaufen wie in Europa vor ein- bis zweihundert Jahren. Das generative Verhalten kann sich schneller und sprunghafter ändern als die Mortalität, aber es ist nicht zufallsbestimmt. In der jüngeren Bevölkerungsgeschichte der westlichen Länder gab es nur zwei sprunghafte Änderungen größeren Ausmaßes, den Babyboom der 50er und 60er Jahre, gefolgt von der Babybaisse nach Einführung und Verbreitung der modernen Verhütungsmittel (in der Bundesrepublik ab 1965).

Seit Ende des letzten Jahrhunderts sinkt in Deutschland die durchschnittliche Kinderzahl je Frau von Jahrgang zu Jahrgang mit einer an naturwissenschaftliche Prozesse gemahnenden Regelmäßigkeit. In den Entwicklungsländern hat dieser Prozeß in den 70er Jahren eingesetzt. In Deutschland war die durchschnittliche Kinderzahl der Frauen des Jahrgangs 1860 fünf, des Jahrgangs 1876 vier und des Jahrgangs 1886

drei. Ab Jahrgang 1905 wurde die für die langfristige Konstanz der Bevölkerung erforderliche Zahl von zwei Kindern erstmals unterschritten. Für die Generation von 1952 läßt sich schon ziemlich zuverlässig eine durchschnittliche Kinderzahl von 1,6 vorausschätzen, und für die Kohorte 1968 gehe ich in meiner Bevölkerungsprognose von einer durchschnittlichen Kinderzahl von 1,3 aus¹⁾. Lediglich bei den Kohorten 1917–34 ist die durchschnittliche Kinderzahl in Deutschland entgegen dem säkularen Abnahmetrend nicht gesunken, sondern gestiegen: Die Frauen dieser Kohorten waren in der pronatalistischen Nazizeit von 1933–45 in dem für die Erziehung und Familienbildung wichtigen Altersbereich zwischen 11 und 28 Jahren. Der *säkulare Abnahmetrend* der Geburtenhäufigkeit wird von Periodeneffekten, Kohorteneffekten, Regionaleffekten, Konjunkturreffekten und Struktureffekten überlagert, so wie der langfristige Trend des Wirtschaftswachstums von kurzfristigen Konjunkturschwankungen überlagert bzw. verdeckt wird, so daß der langfristige Grundtrend bei einer nur an aktuellen Daten orientierten Analyse häufig übersehen wird²⁾.

Aus theoretischer Sicht läßt sich sowohl der säkulare als auch der aktuelle Fertilitätsrückgang aus dem Zusammenwirken von ökonomischer *Produktivität* und demographischer *Reproduktion* bzw. aus der wechselseitigen Beeinflussung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital erklären, wobei drei Entwicklungsetappen zu unterscheiden sind: (I) In der vorindustriellen Zeit waren Kinder das einzige Kapital der Besitzlosen. Die Bevölkerungszahl blieb dennoch praktisch konstant. Jede Bevölkerungsvermehrung hätte ein Überangebot an Arbeitskräften nach sich gezogen, ohne daß sich gleichzeitig die erforderlichen Unterhaltungsmittel vermehrten. Bei hoher Fertilität und hoher Mortalität resultierte daraus ein fast stationärer Zustand, der von den Gesellschafts- und Wirtschaftstheoretikern des 18. Jahrhunderts (A. Smith, D. Ricardo) als ein natürlicher Gleichgewichtszustand interpretiert wurde. Der Lohn, der die Arbeiter in Stand setzte, "sich zu erhalten und ihr Geschlecht fortzupflanzen ohne Vermehrung oder Verminderung", wurde als "natürlicher" Lohn interpretiert. Ein Anstieg der Löhne über das Existenzminimum schien den Klassikern unmöglich. (II)

1) Zur Begründung der prognostischen Annahmen, vgl. H. Birg, H. Koch: Der Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik Deutschland. Langfristige Bevölkerungsvorausschätzungen auf der Grundlage des demographischen Kohortenmodells und der biographischen Theorie der Fertilität, Frankfurt/New York 1987, S. 42f. sowie Tabelle S. 75.

2) Zum Einfluß dieser Effekte vgl. a.a.O., S. 37f.

Nach Einsetzen der Industrialisierung erhöhte sich der Bedarf an Arbeitskräften. Die Bevölkerungszahl wuchs bei stagnierender Fertilität durch eine starke Reduktion der Sterblichkeit. In dieser Phase waren Kinder nicht länger nur eine Art Kapital der Besitzlosen, sie verursachten auch Kosten. Die Kosten fielen insbesondere in den Städten ins Gewicht, in denen die industriellen Arbeitsplätze entstanden. Die für die Kinder aufgewandten Mittel verloren in Deutschland in dem Augenblick ihre Funktion als Vorsorgeinvestitionen für Alter und Krankheit, als in den 1880er Jahren die gesetzliche Sozialversicherung eingeführt wurde. Zehn bis 20 Jahre später begann in Deutschland die Geburtenziffer (Zahl der Geburten pro 1000 Einwohner) zu sinken. (III) In der dritten Phase wurde durch fortgesetzte Arbeitsteilung und Kapitalakkumulation ein Anstieg der Produktivität und der Reallöhne erreicht, der die ökonomischen Lebensbedingungen der Familien abermals drastisch veränderte. Zu den direkten Kosten, die Kinder verursachen, kamen nun indirekte Kosten, die sogenannten "Opportunitätskosten". Die Opportunitätskosten schlagen sich nicht in realen Ausgaben nieder, gleichwohl sind sie handlungsrelevant: Opportunitätskosten entstehen, wenn eine Frau, um Kinder aufziehen zu können, auf eine eigene Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit verzichtet. Die Opportunitätskosten sind umso größer, je höher das entgangene Einkommen ist. In der Bundesrepublik werden die Opportunitätskosten von Kindern bei einer Frau mit Hochschulausbildung, die zugunsten von Kindern auf die Ausübung ihres Berufes verzichtet, auf über 400.000 DM geschätzt. Mit der Theorie der Opportunitätskosten läßt sich erklären, warum trotz ständig steigender Realeinkommen der Haushalte und Familien immer weniger Kinder geboren werden. Zwar sind die direkten Kosten der Kinder bei höheren Einkommen leichter zu tragen, aber offensichtlich wird diese positive Wirkung der Einkommenssteigerung durch die gleichzeitige negative Wirkung der Opportunitätskostensteigerung übertroffen. Im übrigen nehmen mit dem Einkommen nicht nur die Opportunitätskosten zu, sondern es steigt auch der Anteil der Aufwendungen für Kinder am Familienbudget.

Die hier skizzierte 3-Phasen-Entwicklung der Fertilität, die aus dem Zusammenspiel von Kapital und Arbeit resultiert, wird durch eine 4. Phase ergänzt. Zu den ökonomischen Opportunitätskosten treten in der 4. Phase weitere Opportunitätskosten hinzu, und zwar Opportunitätskosten im Hinblick auf die allgemeinen Optionen und Alternativen im Lebenslauf, die wichtigere Konsequenzen für die Fertilität haben als die entgangenen Einkommen, weil ihre Wirkungen über den ökonomischen Bereich weit hinausreichen. Die verschiedenen Arten von Opportunitätskosten lassen sich

unter dem Oberbegriff der *biographischen Opportunitätskosten* zusammenfassen. Der Begriff der biographischen Opportunitätskosten ist einer der zentralen Begriffe des *biographischen Ansatzes*, der zur Erklärung des säkularen Rückgangs der Fertilität entwickelt wurde¹⁾. Die Grundüberlegung der biographischen Theorie der Fertilität läßt sich wie folgt skizzieren.

Einen Beruf zu wählen, sich an einen Partner zu binden, eine Arbeitsplatzentscheidung zu treffen, Vater oder Mutter zu werden, sind biographische Weichenstellungen, durch die sich dem Individuum neue Lebensmöglichkeiten eröffnen, durch die aber gleichzeitig zahlreiche bis dahin mögliche Alternativen und Optionen aus der Menge biographischer Entwicklungsmöglichkeiten ausscheiden. Die Zahl der Alternativen innerhalb der Menge biographischer Möglichkeiten – mit einem Wort: die Größe des biographischen Möglichkeitsraums – besteht sowohl aus den realen Lebenslaufalternativen und Optionen als auch aus den nur vorgestellten bzw. mentalen. Die Größe des biographischen Möglichkeitsraums hat sich in der Geschichte der Neuzeit ständig erweitert, wobei sich mindestens fünf parallele Prozesse gegenseitig unterstützt haben:

Das liberale Wirtschaftsprinzip ermöglichte und förderte die Anwendung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse und ihre Umsetzung in der unternehmerischen konkurrenzwirtschaftlichen Güterproduktion. Das wichtigste Kenzeichen der konkurrenzwirtschaftlichen Produktionsweise bestand und besteht weiterhin darin, daß ihre ökonomische Effektivität eine intensive *Arbeitsteilung* und *berufliche Spezialisierung* (Prozeß 1) erzwingt.

Das Pendant der Arbeitsteilung und Spezialisierung war eine Erhöhung des Güteraus-tauschs und eine allgemeine Intensivierung der ökonomischen und gesellschaftlichen Interaktionen zwischen den wirtschaftlichen Betrieben, den Kommunen und den Regionen, die zu einer Erhöhung der *regionalen, sozialen und biographischen Mobilität* führte (Prozeß 2).

1) H. Birg: A Biography Approach to Theoretical Demography, Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Bd. 23, Bielefeld 1987.

Eine der wichtigsten Folgen des Prozesses der Arbeitsteilung war und ist die permanente Erhöhung der *Kapitalintensität*, d.h. der Anstieg der Menge an physischem und geistigem Produktionskapital pro eingesetzter Arbeitskraft. Diese Erhöhung der Kapitalintensität erzwang den Übergang zu immer größeren Betrieben, wodurch wiederum das *Städtewachstum* und die *Urbanisierung* des Siedlungssystems seinen entscheidenden Impuls empfing (Prozeß 3).

Eine der wichtigsten Konsequenzen des Urbanisierungsprozesses bestand darin, daß die *Tertiarisierung* der Wirtschaft begünstigt wurde, wodurch neue Arbeitsplätze entstanden, die nun in vermehrtem Umfang auch für Frauen offen standen (Prozeß 4).

Die Prozesse der Arbeitsteilung und Kapitalintensivierung führten zu einer explosionsartigen Erweiterung der Alternativen bezüglich beruflicher Werdegänge, wodurch sich der *biographische Möglichkeitsraum* (vgl. die Begriffe "biographisches Universum" bzw. "virtuelle Biographie" des biographischen Ansatzes) jedes Einzelnen erhöhte. In Städten war dieser Prozeß umso intensiver, je vielfältiger die Wirtschaftsstruktur und je größer das daraus resultierende Spektrum an beruflichen Tätigkeitsfeldern und Existenzmöglichkeiten war. Die in den Städten größere Dichte der zwischenmenschlichen Interaktion und Kommunikation trug dazu bei, daß sich traditionelle und kirchliche Normen und Bindungen lockerten. Auf diese Weise erhöhte sich die Toleranz gegenüber bisher fremden Lebenszielen und Lebensweisen, so daß die Chance der größeren Wahlfreiheit in bezug auf beruflich-biographische Werdegänge von den Individuen auch real genutzt werden konnte (Prozeß 5).

In unserem Jahrhundert wuchs die objektive Vielfalt existentiell unterschiedlicher Lebensmöglichkeiten für die Menschen weiter an, so daß das subjektive Pendant der skizzierten makroökonomischen und makrosozialen Veränderungen, nämlich das individuelle Bewußtsein des sich explosionsartig erweiternden Freiheitsspielraums, schließlich als eine Belastung empfunden wurde, ja sogar als eine *existentielle Bedrohung*, die in der Philosophie des Existentialismus, insbesondere in der Fundamentalontologie Heideggers, zu einer Reinterpretation menschlicher Daseinsbedingungen überhaupt führte, nachdem schon Marx in der Theorie der entfremdeten Arbeit auf die Konsequenzen der kapitalintensiven, arbeitsteiligen Produktionsweise für das Bewußtsein aufmerksam gemacht hatte.

In Zukunft wird die wissenschaftliche und technologische Entwicklung eine immer tiefere Arbeitsteilung und Spezialisierung sowohl auf internationaler als auch auf volkswirtschaftlicher Ebene erzwingen, und die ökonomische *Konkurrenz* zwischen Nationen, Regionen, Betrieben und Individuen wird sich weiter intensivieren. Die Konsequenz ist, daß sich die beruflichen Werdegänge und Tätigkeitsfelder weiter auffächern, so daß die Größe des biographischen Möglichkeitsraumes der Menschen weiter zunehmen wird.

Der springende Punkt ist aber, daß sich im Zuge der Spezialisierung nicht nur das Spektrum der biographischen Möglichkeiten erweitert, sondern daß gleichzeitig das Überwechseln von einem Lebensweg auf einen anderen schwieriger wird, weil nachträgliche Korrekturen von *langfristigen Festlegungen*, insbesondere im beruflichen Bereich, in unserer institutionell regulierten Welt nur unter Inkaufnahme von erheblichen Nachteilen möglich sind: Die Menschen müssen sich heute in immer jüngeren Jahren auf der Basis einer immer größeren Menge an Wahlmöglichkeiten für bestimmte Ausbildungsgänge entscheiden, die immer länger dauern und die immer weniger revidierbar sind, nachdem entsprechende Festlegungen einmal erfolgt sind.

Dies bedeutet, daß das *Risiko langfristiger biographischer Festlegungen* wächst. Daraus folgt, daß es für die Menschen rational ist, langfristige biographische Festlegungen zu vermeiden bzw. entsprechende Entscheidungen aufzuschieben. Unsere auf Wandel und Veränderung hin konzipierte Welt, insbesondere die durch einen permanenten Strukturwandel gekennzeichnete Arbeitswelt, macht es für den Einzelnen immer schwerer, langfristig voranzuplanen, und immer riskanter, sich festzulegen, so daß noch nicht geschlossene Ehen bzw. noch nicht geborene Kinder als vermeidbare bzw. aufschiebbare Lebenserschwerungen erscheinen müssen, aber nicht, weil die Menschen seit der Verbreitung der modernen Verhütungsmittel zu Hedonisten geworden wären, sondern weil biographische Festlegungen wie Kindgeburten und Eheschließungen *objektiv* riskanter geworden sind. Die Menschen versuchen sich auf die Zukunftsrisiken durch eine hohe *Mobilitätsbereitschaft* (nicht notwendigerweise auch durch eine höhere faktische Mobilität) einzustellen. Sie hoffen dadurch flexibler und anpassungsfähiger zu sein. Ob freiwillig oder nicht, sie zahlen dafür einen Preis in Form des Verzichts auf familiäre Festlegungen.

Man könnte einwenden, daß die Erweiterung des biographischen Möglichkeitsraums nicht nur eine negative Wirkung in Form des steigenden Risikos langfristiger Festlegungen hat, sondern auch eine positive Wirkung, die darin besteht, daß sich die Realisierungschancen persönlicher Lebenslaufplanungen erhöhen, wenn die biographische Freiheit wächst. Aber für die weitere Entwicklung der Eheschließungen und für die Entwicklung der Fertilität kommt es darauf an, ob bei der prekären Abwägung zwischen Freiheit und Risiko die positiven oder die negativen Aspekte des Freiheitsgewinns überwiegen. Unabhängig von den Wertpräferenzen der Individuen und unabhängig von der persönlichen Freiheits-Risiko-Entscheidung ist hierbei das überindividuelle Faktum wichtig, daß alle entwickelten Gesellschaften, unabhängig von ihrer politischen Verfassung, ihrer wirtschaftlichen Organisation und ihrer kulturellen Tradition auf dem gleichen *konkurrenzwirtschaftlichen Handlungsprinzip* beruhen und daß diese Gesellschaften es erdulden, hinnehmen oder sogar fördern, daß die Gesetze der Arbeitswelt über alle anderen Lebensbereiche dominieren, insbesondere über den familialen Bereich. So lange sich an dieser Grundgegebenheit der gesellschaftlichen Organisation nichts ändert, so lange wird das Konkurrenzprinzip die persönlichen Lebensbedingungen und damit die persönlichen Lebenslaufentscheidungen der Menschen prägen, und sei es nur dadurch, daß den Individuen die Spannweite zwischen dem mit einer Bindung bzw. Festlegung erreichten Gewinn und dem mit der Festlegung verbundenen Verlust immer deutlicher bewußt wird. Da nicht nur die Markt-, sondern auch die Zentralverwaltungswirtschaften nach dem konkurrenzwirtschaftlichen Prinzip organisiert sind, ist der Trend der Geburtenhäufigkeit in den westlichen und in den sozialistischen Staaten ebenso nach unten gerichtet wie in den Ländern Asiens und Lateinamerikas, unabhängig von Religion, gesellschaftlicher Struktur und politischer Verfassung.

Viele Lebenslaufentscheidungen im Rahmen der Ausbildungs- und Erwerbsbiographie sind institutionell geregelt, meist in der Form von mehr oder weniger rigiden Regeln bezüglich des Zeitpunkts des Beginns der Ausbildung und des Zeitpunkts des Übergangs von der Ausbildungs- in die Berufsphase. Im Gegensatz zu diesen langfristigen Festlegungen in der Ausbildungs- und Berufsbiographie lassen sich die demographischen Festlegungen in Form von Eheschließungen und Geburten aufschieben und vermeiden. Die Aufschiebbarkeit bzw. Vermeidbarkeit nichtberuflicher Bindungen hat heute die Funktion einer *Generaloption* in der *Lebenslaufplanung*, eine Option, die sich naturgemäß zugunsten der erwerbsbiographischen Entwicklung und

zu Lasten der Familienentwicklung auswirkt. Diese Generaloption scheint heute unverzichtbarer denn je. Denn das von allen gesellschaftlichen Gruppen getragene Ziel einer möglichst raschen Wohlstandssteigerung bedingt die Akzeptanz des Ziels ökonomischer Effizienzsteigerungen. Ökonomischer Fortschritt und ökonomische Effizienz lassen sich aber nur verwirklichen, wenn das Konkurrenzprinzip zum primären Prinzip zwischenmenschlichen Verhaltens erhoben wird. Wo jeder Mitmensch in erster Linie Mitkonkurrent ist, müssen Kinder zu Störfaktoren und Eheschließungen zu Fesseln werden. Schumpeter, der die Dynamik der Wirtschaftswelt wie kein anderer durchschaut und propagiert hat, hat wie nur wenige andere die in ihr liegenden Gefahren erkannt. Seine Warnungen vor einer ungehemmten Entwicklung des konkurrenzwirtschaftlichen Ordnungsprinzips sind aus heutiger Sicht nur zu berechtigt. An den konkurrenzwirtschaftlichen Grundgegebenheiten unseres Zusammenlebens hat sich nichts wesentliches geändert. Eine weitere Reduktion der Geburtenhäufigkeiten ist daher wahrscheinlicher als eine Umkehrung des langfristigen Trends.

Lassen Sie mich nun aus der dünnen Luft der theoretischen Abstraktion auf den Boden politischer und wirtschaftlicher Realitäten zurückkehren und zu einem Vergleich zwischen den beiden Ländern kommen, um die Theorie zu veranschaulichen. Hierfür möchte ich das Gesagte zu einer These verdichten, die vielleicht auch im Hinblick auf die Frage von Bedeutung ist, warum die Fertilität in Frankreich heute wesentlich höher ist als in Deutschland. Die These lautet: Der Grund für die relativ zu Deutschland hohe Fertilität Frankreichs liegt in seiner im Vergleich zu Deutschland mäßigeren industriellen bzw. wirtschaftlichen Dynamik.

Es gibt einen inneren *Gegensatz* zwischen dem politischen Zentralismus und dem Prinzip einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung, weil wirtschaftliche Dynamik nur um den Preis von Strukturveränderungen realisierbar ist, durch die automatisch jede etablierte ökonomische und politische Struktur in Frage gestellt wird, wobei sich gleichzeitig der biographische Möglichkeitsraum und die biographische und soziale Mobilität der Individuen erhöht. Der Impuls für strukturelle Veränderungen geht in Frankreich nicht im gleichen Maße wie in der Bundesrepublik von der Wirtschaft, der mittelständischen Industrie und von Pionierunternehmen aus, sondern er wird in wesentlich stärkerem Maße vom Staat initiiert. Nichts kann den Unterschied hinsichtlich des sozialen und wirtschaftlichen Klimas in beiden Ländern deutlicher machen als

die Rolle, die der Staat gegenüber der Industrie einnimmt. Zu diesem Themenkomplex haben die beiden Institute, die dieses Symposium organisiert haben, eine informative Untersuchung vorgelegt, mit deren Ergebnissen sich meine These stützen läßt¹⁾.

Während der Staat in Frankreich versucht, den technischen Fortschritt und den ökonomischen Strukturwandel durch fiskalische und andere Lenkungsmaßnahmen, beispielsweise durch die Förderung von Unternehmenskonzentrationen (Fusionsgesetz von 1965) zu stimulieren, hat sich die Bundesrepublik Deutschland mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen aus dem Jahr 1957 ein ökonomisches Grundgesetz, eine Art zweite Verfassung, gegeben, die von allen politischen Parteien, auch von den Gewerkschaften, getragen wird. Unsere Wirtschaftsgesellschaft beruht auf dem Grundsatz, daß ökonomischer Fortschritt in einer konkurrenzwirtschaftlich orientierten Welt – und Volkswirtschaft am besten durch permanenten Strukturwandel erreichbar ist. Der Motor des Strukturwandels ist der ökonomische Wettbewerb. Staatliche Eingriffe in den Ablauf der Marktprozesse gelten als suboptimal, Strukturpolitik ist weitgehend auf die Setzungen von Rahmenbedingungen beschränkt. Die autonome Dynamik des Strukturwandels soll sich frei entfalten können. Die Menschen sollen als Produktionsfaktoren flexibel und mobil sein. Sie sind als "Humankapital" der Konkurrenz mit Maschinen ausgesetzt, die sie selbst geschaffen haben. Auf diese Weise geraten sie in eine Wettbewerbsposition zu ihren eigenen Fähigkeiten. Die Folge ist ein wirtschaftliches Klima, das wesentlich rauher zu sein scheint als in Frankreich, wobei das eng geknüpfte sogenannte "soziale Netz" in der Bundesrepublik der oberhalb des Netzes obwaltenden Härte nur Vorschub leistet. In der Bundesrepublik wird pro Jahr jeder vierte Arbeitsplatz neu – oder umbesetzt. Die Bereitschaft zur räumlichen Mobilität und zur Arbeitsplatzmobilität sind hoch. In unserer Konkurrenz – bzw. Wettbewerbsgesellschaft wird die Mobilität als eine hohe soziale Tugend anerkannt, gefördert und vielfach erzwungen.

Die wirtschaftliche Leistungskraft der Bundesrepublik zeigt, daß Strukturwandel durch Wettbewerb und Mobilität zu ökonomischem Erfolg führt. Aber der Erfolgsmechanismus kann nur so lange funktionieren, wie die Anpassungsfähigkeit der Individuen

1) Neumann, W./Uterwedde, H.: Industriepolitik: Ein deutsch – französischer Vergleich. Opladen 1986.

und der Familien an die mit dem Strukturwandel einhergehenden Arbeitsmarktveränderungen Schritt hält. Wird der Bogen überspannt, schwindet die demographische Basis der Gesellschaft, die der ökonomischen Basis in einer so selbstverständlichen Weise vorausgeht, daß sie oft nicht einmal wahrgenommen und daher in ökonomischen Analysen meist ausgeklammert bzw. unter den als konstant angenommenen "Datenkranz" subsumiert wird. Die "unsichtbare Hand" vermag die ökonomischen Prozesse optimal zu regeln, aber nur so lange, wie die demographischen Grundlagen tragfähig sind. Die demographische Stabilität ist die Bedingung der Möglichkeit für die ökonomische Stabilität. Eine prästabilisierte Harmonie der ökonomischen und demographischen Sphären, von der Süßmilch, gestützt auf Leibniz, als einer "Göttlichen Ordnung" ausging, hat es vermutlich außerhalb der Bewußtseinswelt nie gegeben. Es wäre riskant und ein wenig seltsam, wollte man sich darauf verlassen, daß der demographische Bereich als jener letzte Weltsektor übrigbliebe, der als einziger weiterfunktioniert, nachdem das Vertrauen in die Beständigkeit der religiösen, geistigen und ökologischen Quellen des Lebens einem um sich greifenden Zweifel gewichen ist.

5. Ausblick

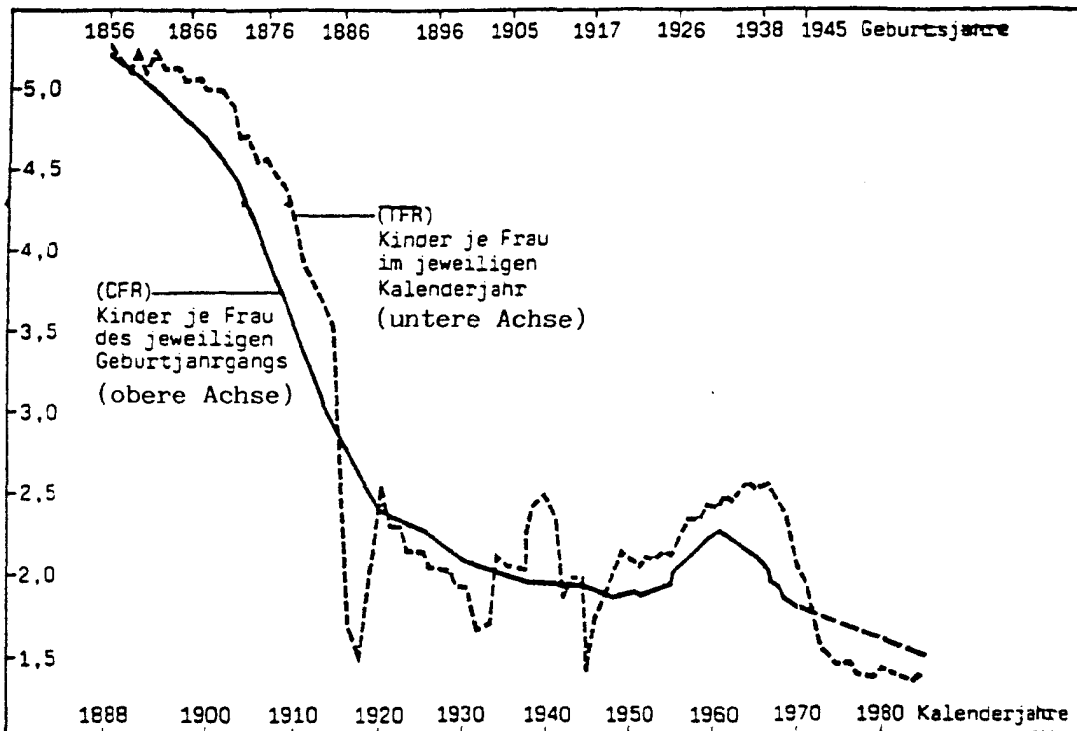
In der Bundesrepublik hat die staatlichen Organe eine gewisse Ratlosigkeit erfaßt, wie die Redewendung vom Staat, der im Schlafzimmer nichts zu suchen habe, beweist. Mit diesem Satz wollen Politiker zum Ausdruck bringen, daß die Männer und Frauen autonom darüber entscheiden sollen, ob sie Kinder haben, als würde der Staat durch die Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftspolitik und Wohnungspolitik nicht bereits außerhalb des Schlafzimmers darüber mitentscheiden. Die beste Familienpolitik ist eine Politik, die den Menschen ein langfristiges Vertrauen in ihre ökonomischen Existenzmöglichkeiten gibt. Wenn Familienväter durch Rationalisierungsmaßnahmen über Nacht ihren Arbeitsplatz verlieren können, werden sie als Garanten der ökonomischen Existenz der von ihnen abhängigen Familienmitglieder (und darüber hinaus sich selbst gegenüber) unglaubwürdig. Und wenn sich ein früherer Bundeskanzler öffentlich als "Aufsichtsratsvorsitzender der Firma Bundesrepublik Deutschland" bezeichnet, dann ist es folgerichtig, wenn seine Angestellten die langfristige Kreditwürdigkeit der Firma bewerten und bei ihren demographisch relevanten Entscheidungen entsprechend berücksichtigen.

Die kurzatmige Form der politischen Verantwortungsregelung der repräsentativen Massendemokratie ist der Langfristigkeit und Irreversibilität demographischer Vorgänge nicht angepaßt. Aber selbst wenn sie es wäre, das Problem bliebe bestehen, daß demographische Vorgänge die Wahrnehmungsschwellen unterlaufen, weil sich die Prozesse langsam vollziehen, ähnlich der Umweltzerstörung. Hierauf ist ein Großteil der Unwissenheit und Untätigkeit bezüglich der demographischen Entwicklung zurückzuführen. Aber dies erklärt nicht alles. Es gibt möglicherweise eine Scheu vor Eingriffen in den Bevölkerungsprozeß, die der gleichen Wurzel entspringen könnte, wie die Scheu vor der Tötung. Gäbe es diese Scheu nicht, die Entwürfe des idealen Staates wären vielleicht längst Wirklichkeit, und wir bräuchten uns über die demographische Entwicklung keine Gedanken zu machen, weil Gattenwahl, Zeugung und Kinderaufzucht unter dem Reglement des Staates stünden – ein Traum, den alle Staatsutopisten geträumt haben, von Platos "Politeia" bis Thomas Morus' "Utopia" und Campanellas "Sonnenstaat". Das demographische Wissen drängt nach Verwertung, aber es gibt ein Begründungsdilemma, das das politische Handeln blockiert: In unserer Kultur kann der Mensch nicht Mittel zu einem noch höheren Zweck sein.

Es ist bizarr, eine andere Bevölkerungsentwicklung zu fordern, damit die Infrastruktur (Straßen, Turnhallen, Bäder, Schulen usw.) ausgelastet ist. Ebenso absurd und unrealistisch wäre es, wollte man die wirtschaftliche Dynamik drosseln und die Marktwirtschaft in eine zentral gelenkte Planwirtschaft überführen, damit sich das generative Verhalten ändert. Wirtschaftliche Prozesse haben eine eigengesetzliche Logik, ebenso wie demographische Prozesse. Die beiden Logiken stehen in einem kontradiktorischen Verhältnis; hieran läßt sich mit Wirtschaftsreformen nichts ändern. Ein Ausweg aus dem Dilemma könnte auf mittlere Frist die nach wie vor beträchtliche Zunahme der wirtschaftlichen Produktivität eröffnen: Wenn im nächsten Jahrhundert der Punkt erreicht sein wird, bei dem die wöchentliche Arbeitszeit auf zwei Tage zusammenschrumpft bei einem doppelten oder dreifachen Realeinkommen wie heute, könnte die Familiensphäre den Freiraum gewinnen, der heute in zu starkem Maße von der Arbeitswelt beherrscht wird. Der zeitliche Abstand zu diesem Zustand ist bei einer Fortsetzung des Trends der Produktivitätssteigerung möglicherweise nicht größer als die Distanz zu 1945. Aber die anthropologischen Konstanten unter den Ursachen der Fertilitätsreduktion, insbesondere die kulturellen Ursachen für die explosionsartige Erweiterung der biographischen Möglichkeitsräume, bleiben als Gründe für die Fertilitätsreduktion bestehen.

Schaubild 1

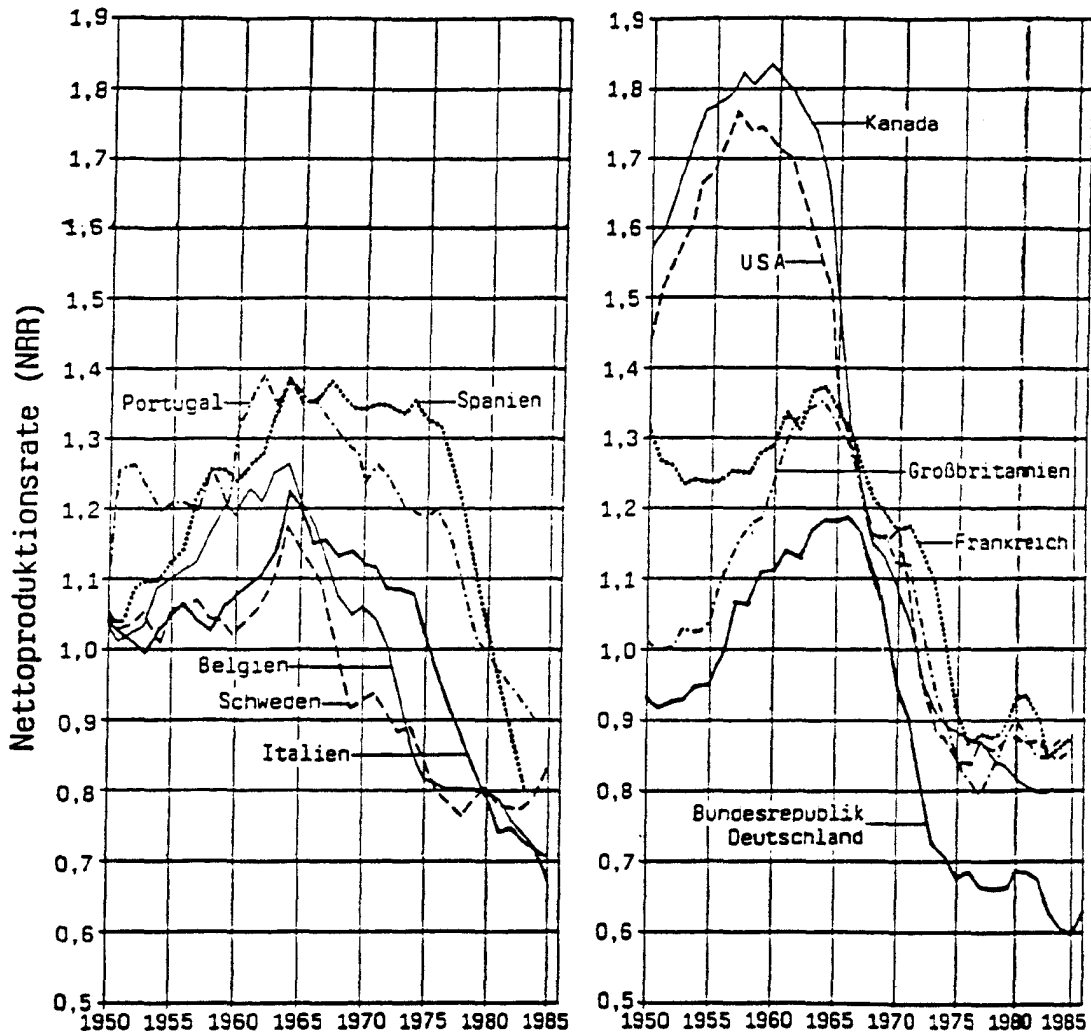
Der säkulare Abnahmetrend der Geburtenziffern
im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland



Quelle: P. Marschalck, Bevölkerungsgeschichte Deutschlands, Frankfurt 1984, ergänzt durch Daten aus H. Birg, u.a., Kohortenanalyse der Geburtenentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, IBS-Materialien Nr.10, Universität Bielefeld 1984.

Schaubild 2

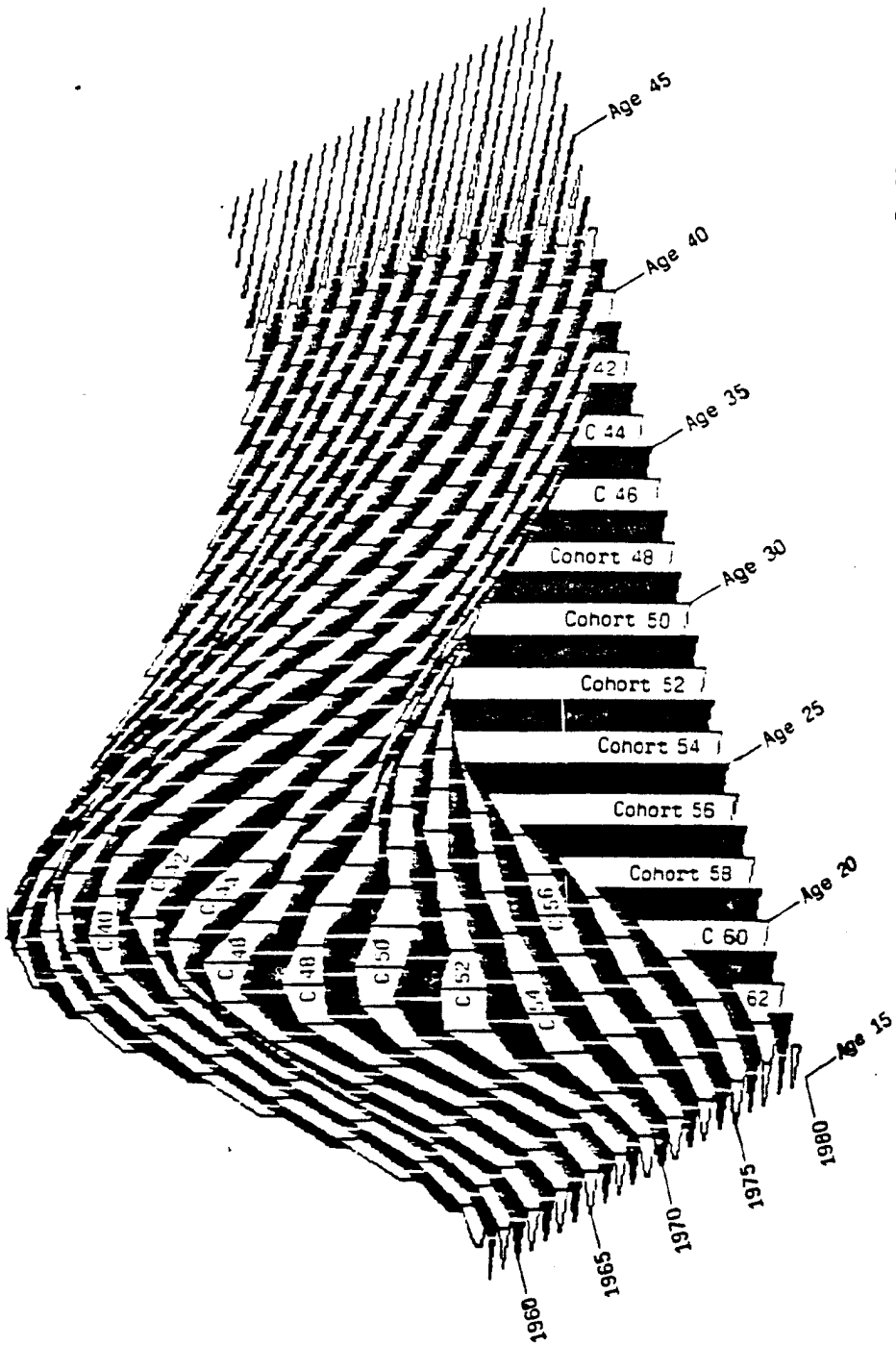
Entwicklung der Nettoproduktionsrate in ausgewählten westlichen Industrieländern seit 1950



Quelle der Daten: Council of Europe (ed.): Recent Demographic Developments in the Member States of the Council of Europe, Strasbourg 1986

Schaubild 3

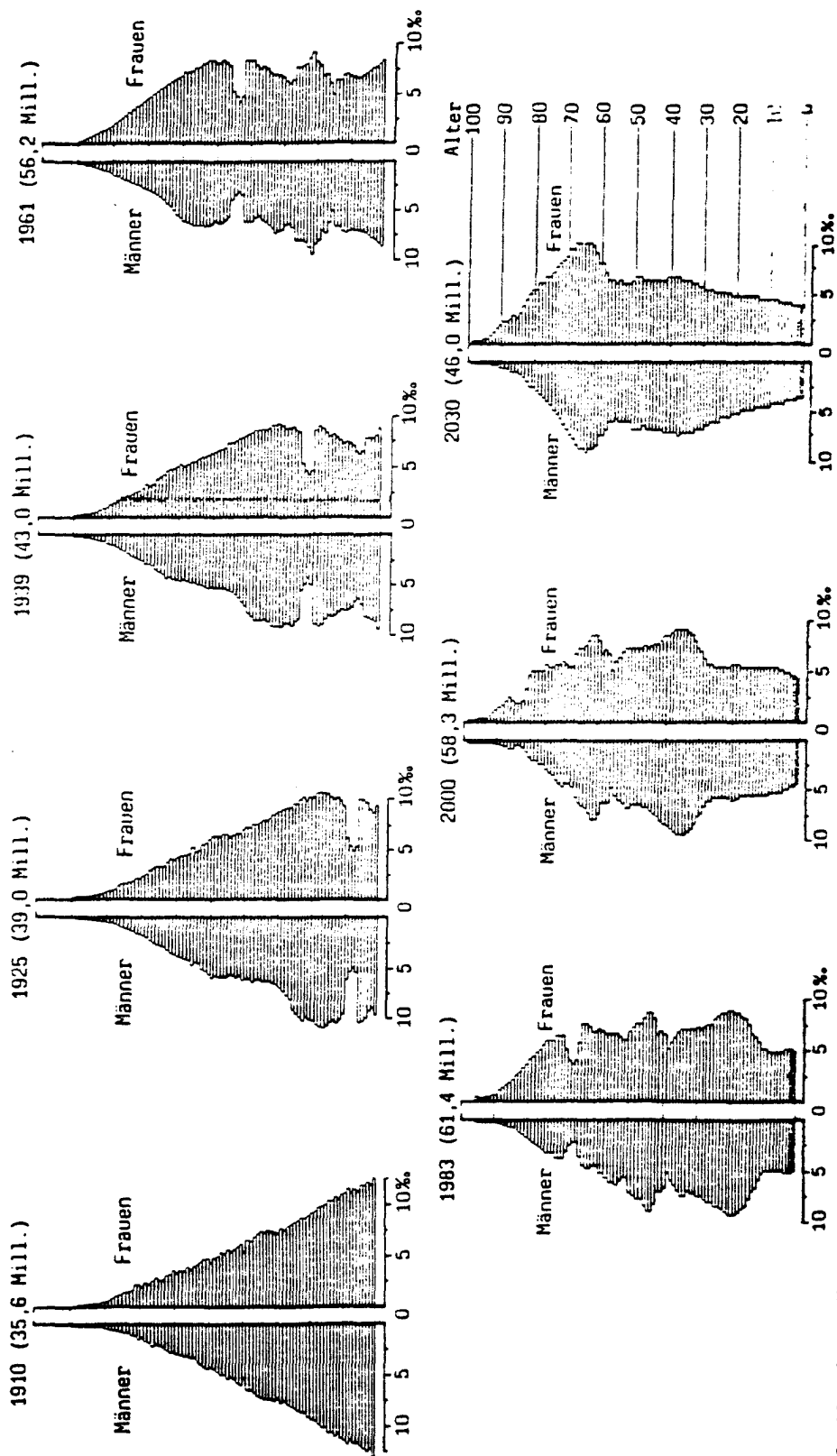
Geburtenziffern der Kohorten in der Bundesrepublik Deutschland
im räumlichen Lexis-Diagramm



Quelle: Birg / Filip 1987

Schaubild 4

Altersstruktur (Bevölkerungspyramide) der Bevölkerung im Deutschen Reich
und in der Bundesrepublik Deutschland von 1910 - 2030'



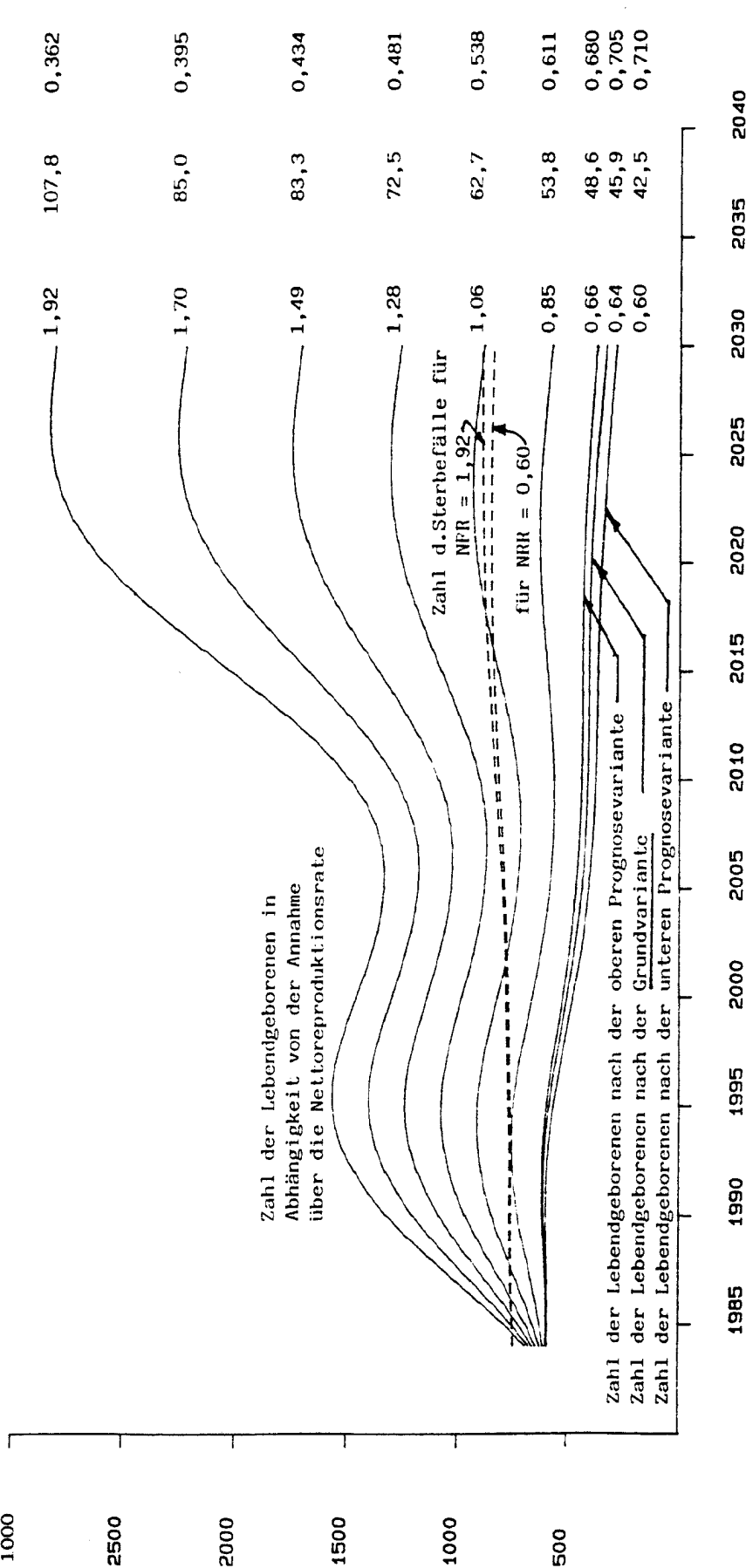
Quelle: Birg, H. u.a., sowie Statistisches Bundesamt (Jahre 1870 - 1961)
*)Nach dem Gebietsstand des Bundesgebietes

Schaubild 5

Simulationsvarianten und Prognosevarianten zur Entwicklung von Bevölkerung und Altenquotient bis zum Jahr 2030 in Abhängigkeit von unterschiedlichen Annahmen bezüglich eines unterstellten allmählichen Wiederanstiegs der Nettoerproduktionsrate (NRR) bis zum Jahr 2010

- Gesamtbevölkerung einschließlich Wanderungen 1) -

Zahl der Lebendgeborenen und der Sterbefälle in 1000



Zahl der Lebendgeborenen in Abhängigkeit von der Annahme über die Nettoerproduktionsrate

Zahl d. Sterbefälle für NRR = 1,92 für NRR = 0,60

Zahl der Lebendgeborenen nach der oberen Prognosevariante
 Zahl der Lebendgeborenen nach der Grundvariante
 Zahl der Lebendgeborenen nach der unteren Prognosevariante

- 1) Wanderungsannahmen entsprechend der Grundvariante
- 2) Unterstellt wurde ein allmählicher Wiederanstieg der NRR bis 2010 bei anschließender Konstanz
- 3) Verhältnis der über 60jährigen zu den 20- bis 60jährigen

Quelle: Birg, H. u. Koch, H.: "Der Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik Deutschland ..." Frankfurt/New York: Campus-Verlag 1987, S. 169, ergänzt durch neuere Berechnungen.

Tabelle 1

Die Abhängigkeit des Altenquotienten, des Jugendquotienten und des Gesamtlastquotienten von alternativen Annahmen bezüglich eines Wiederanstiegs der durchschnittlichen Kinderzahl

Jahr	Nettoreproduktionsrate im Jahr 2010 ¹⁾						
	0.64	0.85	1.06	1.28	1.49	1.70	1.92
	Grund- variante	Altenquotient 2)					
1983	0.361 ⁵⁾	-	-	-	-	-	-
2000	0.445	0.445	0.445	0.445	0.445	0.445	0.445
2010	0.480	0.472	0.465	0.458	0.452	0.445	0.440
2020	0.538	0.501	0.469	0.441	0.416	0.394	0.374
2030	0.705	0.611	0.538	0.481	0.434	0.395	0.362
		Jugendquotient 3)					
1983	0.439 ⁵⁾	-	-	-	-	-	-
2000	0.366	0.429	0.492	0.554	0.617	0.680	0.743
2010	0.336	0.430	0.522	0.612	0.700	0.787	0.872
2020	0.312	0.409	0.504	0.597	0.691	0.783	0.875
2030	0.349	0.473	0.600	0.727	0.856	0.985	1.114
		Gesamtlastquotient 4)					
1983	0.800 ⁵⁾	-	-	-	-	-	-
2000	0.811	0.874	0.937	1.000	1.062	1.125	1.188
2010	0.816	0.902	0.987	1.070	1.152	1.232	1.311
2020	0.850	0.910	0.973	1.038	1.107	1.177	1.249
2030	1.054	1.083	1.137	1.208	1.290	1.380	1.476

1) Unterstellt wurde ein allmählicher Wiederanstieg der Netto-reproduktionsrate des Jahres 1983 (NRR = 0.625) bis zum Jahr 2010 bei anschließender Konstanz.
2) Bevölkerung 60 Jahre und älter in vH der Bevölkerung von 20 bis unter 60 Jahren.
3) Bevölkerung unter 20 Jahren in vH der Bevölkerung von 20 bis unter 60 Jahren.
4) Jugendquotient plus Altenquotient, 5) Ist-Werte.

Literaturverzeichnis

- Birg, H./Felber, W./Flöthmann, E.-J.: Arbeitsmarktdynamik, Familienentwicklung und generatives Verhalten – Eine biographietheoretische Konzeption für Untersuchungen demographisch relevanter Verhaltensweisen. Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Bd. 16, Bielefeld 1984.
- Birg, H. (Hg.): Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann – Peter Süßmilchs (1707 – 1767), Frankfurt/New York 1986.
- Birg, H.: A Biography Approach to Theoretical Demography, Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Bd. 23, Bielefeld 1987.
- Birg, H., Koch, H.: Der Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik Deutschland. Langfristige Bevölkerungsvorausschätzungen auf der Grundlage des demographischen Kohortenmodells und der biographischen Theorie der Fertilität, Frankfurt/New York 1987.
- Bundesregierung: Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. 1. Teil: Analyse der bisherigen Bevölkerungsentwicklung und Modellrechnungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung, Bundestagsdrucksache 8/4437 vom 8.8.1980.
- Bundesregierung: Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. 2. Teil: Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche von Staat und Gesellschaft. Bundestagsdrucksache 10/863 vom Dezember 1983.
- Calot, G.: Fertility and Nuptiality in Austria, England and Wales, FRG, France, GDR and Switzerland over the last 40 years. INED, Paris 1978 (Mimeo).
- Chesnais, J.-C.: Quand un peuple en devient deux: une Allemagne et l'autre. In: Population Bulletin Mensuel d'Informations Demographiques, Economiques, Sociales, Nr. 209, INED, Paris 1987.
- Council of Europe (ed.): Recent Demographic Developments in the Member States of the Council of Europe, Strasbourg 1986.
- Demeny, P.: Population and the Invisible Hand, The Population Council, Working Paper No 123, New York 1986.
- Hecht, J.: Süßmilch, Johann Peter, L'Ordre Divin – Aux origines de la démographie, – Traduction originale, avec des études et commentaires rassemblés par Jacqueline Hecht, Bde. I u. II 1979, Bd. III 1984, INED, Paris.
- Hecht, J.: Johann Peter Süßmilch – Ein Deutscher Prophet im Ausland. In: Birg, H. (Hg.): Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann Peter Süßmilchs (1708 – 1767), Frankfurt/New York 1986.

- Kaufmann, F.X./Quitmann, J./Schulz, M./Simm, R./Strohmeier, K.P.: Familienentwicklung in Nordrhein – Westfalen. Sozialräumliche Kontexte, Modellierung und Mikrosimulation. Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Bd. 17, Bielefeld 1984.
- Linke, W.: Amtliche Bevölkerungsvorausschätzungen seit 1926. In: Beiträge aus der bevölkerungswissenschaftlichen Forschung. Boppard a.R. 1983.
- Malthus, Th.R., Essay on the Principle of Population. London 1798.
- Marschalck, P.: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1984.
- Neumann, W./Uterwedde, H.: Industriepolitik: Ein deutsch – französischer Vergleich. Opladen 1986.
- Sauvy, A.: General Theory of Population. New York 1969.
- Schmid, J.: Bevölkerungsveränderungen in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart, Berlin 1984.
- Schubnell, H.: Der Geburtenrückgang in der BRD”, Stuttgart 1973.
- Süßmilch, J. P., Die Göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, Tod, und Fortpflanzung desselben erwiesen. 1. Ausgabe, Berlin 1741.
- Süßmilch, J.P., Die Göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, Tod, und Fortpflanzung desselben erweisen, Teil 1, Ausgabe 1765.
- United Nations Population Division (ed.): World Population Prospects – Estimates and Projections as Assessed in 1982. Department of Economic and Social Affairs, Population Studies, No. 86, New York 1985.
- Wingen, M.: Bevölkerungsentwicklung – eine politische Herausforderung. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. München 1980.